

Gemeinsame Erklärung

der Fraktionen von CDU, WGH und FDP im Rat der Stadt Haltern am See zur Schließung der geburtshilflichen Abteilung im St. Sixtus Hospital

Mit großem Bedauern haben wir am 25.04.2018 aus der Presse von der Schließung der Geburtshilfe-Abteilung im St. Sixtus Hospital zum 30.06.2018 erfahren und sehen diesen Wegfall als eine Schwächung der medizinischen Versorgung in unserer Stadt.

Wir sind besorgt, dass die Schließung dieser „Vorzeige-Abteilung“ zu einem erheblichen Image-Verlust unseres Krankenhauses führt. Nach unserem Informationsstand ist die geburtshilfliche Abteilung des St. Sixtus Krankenhauses seit Jahren finanziell defizitär. Das Schließen einer defizitären Abteilung in einem Unternehmen kann das Gesamtunternehmen stärken.

Wir fordern die Sicherung unseres Krankenhausstandortes, dem St. Sixtus Hospital. Die Menschen hier brauchen ihr Krankenhaus vor Ort. Wichtig ist für uns die Aufrechterhaltung der jetzigen medizinischen Infrastruktur mit ihren Fachabteilungen. Innerhalb der Gynäkologie wünschen wir uns den Ausbau der vorgeburtlichen Versorgung, damit werdende Mütter zumindest bis zur Geburt in Haltern optimal versorgt werden können. Aufgrund der räumlichen und zeitlichen Entfernungen zu benachbarten geburtshilflichen Krankenhäusern ist die für einen akuten Notfall zugesagte Aufnahme einer Gebärenden im Halterner Krankenhaus unabdingbar.

Die Arbeitsplätze im Krankenhaus sind für uns wichtig. Wir nehmen den Erhalt der Arbeitsplätze in der bisherigen geburtshilflichen Abteilung positiv zu Kenntnis.

Letztlich müssen wir anerkennen, dass es sich bei der Schließung der geburtshilflichen Abteilung um eine privatwirtschaftliche Entscheidung handelt, auf die die Politik keinen unmittelbaren Einfluss nehmen kann.

Nach unserer Kenntnis wird die Entscheidung der Krankenhausleitung von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhauses mitgetragen.

Wir hätten im Vorfeld dieser Entscheidung Gespräche mit der Politik seitens der Betriebsleitung erwartet. Für die Zukunft würden wir einen regelmäßigen Austausch und eine frühzeitige Information über Entscheidungen solcher Tragweite begrüßen.

Für die CDU-Fraktion

Für die WGH-Fraktion

Für die FDP-Fraktion

Franz Schrief

Ludwig Deitermann

Kai Surholt